

Danziger Zeitung.



No 10326.

1877.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Beiträge oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Königlich Preußische Lotterie.

Bei der am 3. d. beendigtenziehung der ersten Klasse 156 Königl. Preußischen Lotterie fielen: 1 Gewinn zu 15 000 M. auf Nr. 14 559. 3 Gewinne zu 3600 M. auf Nr. 7880 56 826 71 951. 1 Gewinn zu 1500 M. auf Nr. 38 742. 3 Gewinne zu 300 M. auf Nr. 32 271 58 162 65 148.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. Mai. Der Reichstag erledigte in seiner gestrigen Abendssitzung ohne Debatte noch eine Anzahl kleiner Gesetzwürfe in dritter Beratung und wurde darauf durch eine von dem Reichskanzleramt-Präsidenten Hofmann verlesene kaiserliche Ordre geschlossen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 3. Mai. Nach einem Schreiben der "Pol. Corr." aus Pest dürfte die Antwort der Regierung auf die Interpellationen, betreffend die orientalische Frage, die dort und hier gleichzeitig und dem Wesen nach gleichförmig erfolgen soll, betonen, daß Österreich-Ungarn seiner europäischen Aufgabe und seinen eigenen Interessen am Besten genügen werde, wenn es Alles aufstieße, um die Verteilung des Krieges und damit die Möglichkeit einer baldmöglichst zu beginnenden Friedensmediation zu sichern. — Eine formelle diplomatische Neutralitäts-Eklärung der österreichisch-ungarischen Regierung wird unmittelbar erfolgen.

Aus Bukarest wird dem Blatte von heute gemeldet, daß vor Braila nur ein türkischer Monitor erschienen und, nachdem er nur zweimal gefeuert, durch die russischen Batterien in Brand gesetzt und zum Rückzug gezwungen worden sei. Die Nachricht vom Erlass eines Getrieide-Ausfuhrverbotes durch die rumänische Regierung werde regierungsseitig für gänzlich unbegründet erklärt.

London, 3. Mai. Nach einer bei "Lloyds" eingegangenen Konstantinopeler Depesche stünde die Ankündigung des Blokadezustandes für die Küste des Schwarzen Meers unmittelbar bevor. Ein mit Salz beladenes russisches Fahrzeug war nach Konstantinopel aufgebracht worden.

Riga, 3. Mai. Die Domesnees-Passage ist noch gesperrt, doch ist Aussicht vorhanden, daß dieselbe in Kurzem frei wird.

Reichstag.

36. Sitzung am 3. Mai 1877.

Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Teterchen bis zur Saarbahn bei Bous und bei Böllingen. — Unterstaatssekretär Herzog: Das südliche Einbringen der Vorlage ist nicht dadurch veranlaßt, daß die Notwendigkeit der Bahn erst jetzt erkannt worden ist, sondern es haben sich bei der technischen Untersuchung derselben viele Bedenken, besonders in Betreff der Steigerungsverhältnisse herausgestellt, die erst vor kurzem zur Erledigung gekommen sind. — Abg. Hammacher spricht seine Freunde darüber aus, daß die Reichsregierung damit angefangen habe, auch anderwärts als in den Reichsständen Eisenbahnen zu bauen. Die Bahn habe eine wirtschaftliche Bedeutung insofern, als die Zweigbahn von Courcelles nach Teterchen jetzt nur dem lokalen Verkehr diene und keinen Gewinn abwerfe; Durch den Anschluß der neuen Bahn an die Saarbahn werde auch die alte Linie bessere Einnahmen erzielen. Redner spricht dann noch seine Freunde darüber aus, daß die preußische Regierung, deren Staatsbahnen durch die projizierte Linie benachteiligt würden, dem Bau derselben keine Schwierigkeiten entgegenstellte habe. — Zu § 1 richtet Abg. Berger an die Reichsregierung die Frage, weshalb sich der Gesamtkostenbetrag auf 6 415 000 M. belasse, während man 1873 für dieselbe Strecke nur 4 581 000 M. veranschlagt habe. Die Steigerung sei nun so auffälliger, als 1873 die Preise der Eisenbahnbaumaßnahmen viel höher waren als heute. Wenn nun die heute vorgelegte Bahnlinie auch 4½ Kilometer länger sein soll, als 1873 projiziert war, so sei doch eine so enorme Steigerung nicht gerechtfertigt. Außerdem bitte Redner um Auskunft darüber, wie das Rechtsverhältnis des Reiches zu der Privatgesellschaft in Betreff der beabsichtigten Erweiterung der Bahnhöfe sein werde. Redner heilt ferner mit, daß von dem Magistrat und den Stadtverordneten von Saarlouis eine Petition eingegangen sei, welche den Wunsch ausspricht, die Bahn in der Stadt selbst und bei Böllingen anlaufen zu lassen; er bittet um eine Erklärung darüber, weshalb das Projekt davon abgelehnt habe. — Unterstaatssekretär Herzog: Die Verschiedenheit des Kostenantrages röhrt daher, daß der Antrag von 1873 nur auf einer oberflächlichen Schätzung, der lediglich auf genauer Prüfung beruht. Außerdem soll ein Theil der Bahn zweckmäßig gebaut werden. Was das Rechtsverhältnis der Privatgesellschaft zum Reich betrifft, so hat das Reich mit der Gesellschaft einen Vertrag auf die Dauer der eigenen Concession derselben geschlossen; außerdem behält das Reich das Recht, die Bahn jederzeit für sich zu erwerben. Von der Petition aus Saarlouis ist der Regierung nichts bekannt. Es wurde auch untersucht, ob nicht Anschluß an Saarlouis gefunden werden könnte, allein die Kosten stellten sich wegen des dadurch notwendigen Festungsumbaues so hoch, daß man den billigeren Anschluß wählen mußte. — Das Haus genehmigt ohne weitere Debatte den Gesetzentwurf.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsgesetz. Im § 1 derselben wird die Höhe der Matricularbeiträge für die einzelnen Bundesstaaten festgestellt. § 2 fordert 110 595 M. an fortlaufender Ausgaben für das Patentamt, ferner 25 000 M. einmalige Ausgaben als erste Rate für die Gründung der Bibliothek derselben, die aus den der Reichsstaate außer den Matricularbeiträgen zustehenden regelmäßigen Einnahmen, eventuell durch Beiträge der Bundesstaaten gedeckt werden sollen. Nach der Denkschrift soll das Patentamt bestehen aus einem Vorsteher (3000 M.), 3 ständigen Mitgliedern, je 1500 M. und zwar alle vier mit der Besitzung

zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst, und 20 nicht ständigen (technischen) Mitgliedern. — Abg. Hammacher glaubt, daß man die eigenen Einnahmen des Patentamtes mit 71 250 M. viel zu gering angesehen habe; abgesehen davon, daß die Gebühren für Patente im ersten Jahre sehr hoch sind, sei doch nicht zu vergeßen, daß besonders in der ersten Zeit die Umwandlung der alten Patente der Einzelstaaten in Reichspatente eine große Einnahme in Aussicht stellt. Redner bedenkt, daß man die Stellen der vier ständigen Beamten aus burokratischen Kreisen besetzen sollte, dadurch werde das technische Element zum Schaden der ganzen Institution zurückgedrängt. Er wünsche eine solche definitive Besetzung nicht, um die Möglichkeit offen zu halten, dem Patentamt auch ein ständiges technisches Mitglied geben zu können. — Geh. Rath Nieberding: Die Regierung hält es für abholn nothwendig, 4 juristische Mitglieder zu haben. Wenn man schon jetzt ein technisches Mitglied will, so müßte dafür neue fünf Stelle errichtet werden. Jedenfalls liegt es nicht in der Absicht der Regierung, das technische und Sachverständigen-Element zurückzudrängen. — Abg. Struckmanntheilt die Befürchtungen des Abg. Hammacher nicht; der Einfluß des technischen Elementes sei im Gesetz genügend gesichert; es wird sich zuerst darum handeln, daß die juristischen ständigen Mitglieder die Überleitung der Geschäfte, besonders den Borsik und dergleichen übernehmen. Erst später werde man sehen, wer von den Technikern sich zu diesen Arbeiten eigne und dann bleibe immer noch offen, ein ständiges technisches Mitglied zu ernennen. — Abg. Lasker

bittet den Abg. Hammacher von einem Antrage Abstand zu nehmen; die Regierung fordere vorläufig das Allerwichtigste. Der Erfolg, den der Abg. Hammacher beabsichtige, ließe sich bei dem nächstjährigen Etat besser erreichen. — Abg. Hammacher verzichtet auf einen besonderen Antrag, behält sich aber vor, die Sache beim nächsten Etat weiter zu verfolgen. — Das Haus genehmigt darauf das Gesetz in seinen 3 Paragraphen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Controle des Reichshaushaltsgesetzes für die Rechnungsperiode vom 1. Januar 1875 bis Ende März 1877 und vom Landeshausbalans von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1876. — Abg. v. Wendt: Da der Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, nicht zur Erledigung gekommen ist, so kann ich wenigstens die Hoffnung aussprechen, daß die Regierung uns in der nächsten Session einen neu redigierten Entwurf vorlegen wird. Außerdem will ich aber die Erklärung abgeben, daß keiner von den Unterzeichnern der auf meinen Namen lautenden Anträge zu jener Vorlage sich an einen Compromiß gebunden erachtet, so daß also die Regierung sich auf diese Anträge später nicht berufen kann. — Das Haus genehmigt den Gesetzentwurf in erster und zweiter Beratung ohne weitere Debatte.

Ohne Discussion werden erledigt die zweiten Berathungen 1) der Übersicht der ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reichs für das Jahr 1875 auf Grund des Berichtes der Rechnungs-Commission; 2) der Übersicht der außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen, welche durch den Krieg gegen Frankreich veranlaßt sind oder mit denselben in Zusammenhang stehen, für das Jahr 1875; 3) der Übersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875; 4) der Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer und des Rechnungshofes des Deutschen Reichs für das Jahr 1874; und 5) der Zusammenstellungen der von den beteiligten Regierungen und Verwaltungen fernherweit liquidirten, auf Grund des Artikels V, Ziffer 1 bis 7 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 aus der französischen Kriegsosten-Gutschriftigung zu erlegenden Beträgen, indem es die Staatsüberschreitung nachträglich genehmigt, resp. die Rechnungslage des Gesetzes entsprechend gefügt und Decharge erhält. Ohne Debatte wird darauf in dritter Beratung der Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betreffend Änderungen des Gesetzes über die Weinsteuer genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Landeshausabhauchs-States von Elsaß-Lothringen für 1878. — Abg. Majunke: In der zweiten Beratung dieses Etats behauptete der Vertreter der verbündeten Regierungen, daß der Beschluss des Norddeutschen Reichstages bezüglich des Verbotes von deutscher Zeitungen, welche nicht im Lande selbst erscheinen, sondern aus anderen Gebieten über die Grenze kommen, ganz konform gewesen sei dem Verbot, welches die Regierung für Elsaß-Lothringen bezüglich des Verbots von Zeitungen in den Reichslanden verhängt. Diese Behauptung ist thatlich unwahr. Es handelte sich damals im Jahre 1869 um das Verbot der Hamburger Zeitung "Feuerschütz", der in Mecklenburg der Poststelle entzogen worden war. Der norddeutsche Reichstag hat das Verbot keineswegs gebilligt, sondern in dem genannten Beschluss ausdrücklich eine Petition, die sich darüber beschwerte, dem Reichskanzler zur Abhilfe überwiesen. — Unterstaatssekretär Herzog erwidert, daß nur behauptet worden sei, das Verfahren der Oberpostbehörde, welche sich geweigert habe, das in Mecklenburg verbotene Blatt heranzuziehen, sei damals vom Norddeutschen Reichstage als ein correctes anerkannt worden, und diese Behauptung wurde durch den Beschluss des Hauses in seiner Weise taufig. — Der Etat selbst wird ohne Debatte definitiv genehmigt.

In dritter Beratung wird ferner der von den Abg. Becker, Lasker u. M. v. G. v. Graevenitz aus technisch-juristischen Gründen dagegen ausgeschlossen, — sowie der Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung eines Theiles des Reingewinnes aus dem dem großen Generalstab redigirten Werk "Der deutsch-französische Krieg 1870/71", unverändert angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Patentgesetzes. § 1 wird unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. — § 2. "Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Anmeldung in öffentlichen Druckanstalten bereits derart beschrieben oder im Innlande bereits so öffentlich benutzt ist, daß danach die Benutzung durch andere Sachverständige möglich erscheint. (Die im Auslande ähnlich herausgegebenen Patentbeschreibungen stehen den öffentlichen Druckschriften erst nach Verlauf von 3 Monaten seit dem Tage der Herausgabe gleich.)" Abg. Lasker beantragt unter Hinweis auf die von ihm in zweiter

Lesung vorgebrachten Gründe den zweiten Satz dieses Paragraphen zu streichen. — Nachdem sich Abg. Bär (Tasch) gleichfalls für diesen Antrag erklärt hat, wird derselbe angenommen und § 2 demgemäß modifizirt.

Alle übrigen Paragraphen sind demnächst das ganze Gesetz wurden unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erwerbung von zwei in Berlin gelegenen Grundstücken für das Reich. § 1 lautet nach den Beschlüssen der zweiten Lesung: "Der Reichskanzler wird ermächtigt, zum Anfang folgender Grundstücke für das Reich: 1) des zu Berlin in der Wilhelmstraße No. 75 und in der Königgrätzerstraße No. 136 gelegenen von Decker'schen Grundstücks sammt der darauf befindlichen Druckerei den Betrag von 6 760 000 M., 2) des in der Voßstraße No. 4 und 5 gelegenen, der Deutschen Baum-Gesellschaft gehörigen Grundstücks den Betrag von 784 380 M., — in Summe 7 564 380 M. zu verwenden. Die Bestimmung über den Zweck, welchem die vorstehend bezeichneten Grundstücke dauernd dienen sollen, bleibt bis dahin vorbehalten, daß über die Baustelle für das zu errichtende Reichstagsgebäude die Entscheidung getroffen ist. Die Bestimmungen über den Umfang des Betriebs der Druckerei werden vom nächsten Etatjahr ab gesetzlich festgestellt. Bis dahin darf die Druckerei unbeschadet der Erfüllung vertragsmäßiger Verpflichtungen nur zu unmittelbaren Zwecken des Reichs und des preußischen Staates und zwar nur in dem bisherigen Umfang verwendet werden."

Abg. Lasker: Meine Freunde und ich werden für den Gesetzentwurf stimmen, aber nicht nach den Motiven der Regierungsvorlage; wir weisen diese Motive zurück, wir wollen nicht, daß das anzukommende Gebäude für Reichsämter von vornherein bestimmt, sondern daß ein Grundstück, welches für den Bau eines Reichstagsgebäudes auf's Beste geeignet ist, für denselben zurückerstellt werde und auch Verwendung finde, falls nicht über einen anderen Platz eine Einigung zwischen Regierung und Reichstag herbeigeführt werden sollte. Wir haben es aber beim Aussprechen dieser Motive nicht bewenden lassen, sondern haben den Antrag Reichenberger, der dieses Motiv so gut ausdrückt, als dies im Gesetze eben möglich ist, zu diesem Zwecke angenommen. Es wird Sache des Bundesrats sein, sich zu überlegen, ob er nach Veränderung der Motive noch im Stande ist, dem Gesetz eine Zustimmung zu geben; denn eine Übereinstimmung bezüglich des Zwecks muß vorhanden sein.

Abg. Reichenberger (Crefeld): Wenn ich nicht irre, hat der Abg. Lasker gestern seine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf an die Bedingung geläßt, daß die Regierung die Erklärung abgeben werde, daß das Grundstück zunächst für den Reichstag reservirt bleiben soll; und heute habe ich weiter ausgeführt: Angesichts unserer Verhandlungen könne der Bundesrat das Gesetz gar nicht annehmen, wenn er nicht in dem Motive des Ankaufs mit uns übereinstimme. Allerdings, ein juristischer Vertrag ist das nicht; eine Regierung könnte auch gegen dasjenige handeln, was gegen jede Regel der Gesetzgebung wäre. Dieses Missverständnis habe ich aber gegen die Regierung nicht. Nun lassen Sie uns den Standpunkt einfach aneinander setzen. Die Herren, die heute sich unter die Widersprüche flüchten, die angeblich bei uns stattfinden sollen, haben gestern nach dem Beschluss und nach meiner Erklärung gegen das Gesetz gewußt. (Sehr richtig!) Diesen Herren werden das heute wieder thun und sie hoffen, daß für den Fall, daß eine Verwirrung im Hause eintritt, mehr Stimmen mit ihnen geben und gegen das Gesetz stimmen werden. Wir wünschen die Annahme des Gesetzes, weil der Zeitmangel es nicht gestatten wird, daß bündige Erklärungen von der Regierung abgegeben werden; wir erklären so deutlich wie möglich unseren Willen, der es der Regierung unmöglich macht, unter andern Motiven als den von uns ausgesprochenen dem Gesetz die Zustimmung zu erteilen. Wir befinden uns mit unserer Ausführungen von gestern in Übereinstimmung und da es uns nur auf die Sache ankommt, so wollen wir wir persönlichen Streit mit Ihnen, sondern überlassen es Ihnen aus diesem oder einem anderen Grunde die Zustimmung zu stimmen.

Abg. v. Schorlemmer-Alst: Der Abg. Lasker hat gesagt, Niemand habe gewußt, daß die dritte Lesung schon heute stattfinden werde; ich habe das gewußt; er als Mitglied der nationalliberalen Partei sollte doch eine bessere Fühlung mit dem Bureau haben. Der Abg. Bamberg hat gestern gegen das Gesetz, geprägt und für dasselbe gestimmt; heute hat er für dasselbe gesprochen und wird auch für dasselbe stimmen; das ist der Unterschied zwischen gestern und heute. Es ist ganz so geworden, wie ich vorausgesehen: erst hat man eine Erklärung von Seiten der Regierung erwartet, die ist nicht erfolgt, dann haben die Herren ihrerseits die Vorlage angenommen, falls die Regierung unter den Motiven, daß das Decker'sche Grundstück nicht zur Errichtung von Reichsämtern verhältnismäßig ist, widerstreitet. (Sehr richtig!) Diese Herren werden das heute wieder thun und sie hoffen, daß für den Fall, daß eine Verwirrung im Hause eintritt, mehr Stimmen mit ihnen geben und gegen das Gesetz stimmen werden. Wir wünschen die Annahme des Gesetzes, weil der Zeitmangel es nicht gestatten wird, daß bündige Erklärungen von der Regierung abgegeben werden; wir erklären so deutlich wie möglich unseren Willen, der es der Regierung unmöglich macht, unter andern Motiven als den von uns ausgesprochenen dem Gesetz die Zustimmung zu erteilen. Wir befinden uns mit unserer Ausführungen von gestern in Übereinstimmung und da es uns nur auf die Sache ankommt, so wollen wir wir persönlichen Streit mit Ihnen, sondern überlassen es Ihnen aus diesem oder einem anderen Grunde die Zustimmung zu stimmen.

Abg. v. Schorlemmer-Alst: Der Abg. Lasker hat gesagt, Niemand habe gewußt, daß die dritte Lesung schon heute stattfinden werde; ich habe das gewußt; er als Mitglied der nationalliberalen Partei sollte doch eine bessere Fühlung mit dem Bureau haben. Der Abg. Bamberg hat gestern gegen das Gesetz, geprägt und für dasselbe gestimmt; heute hat er für dasselbe gesprochen und wird auch für dasselbe stimmen; das ist der Unterschied zwischen gestern und heute. Es ist ganz so geworden, wie ich vorausgesehen: erst hat man eine Erklärung von Seiten der Regierung erwartet, die ist nicht erfolgt, dann haben die Herren ihrerseits die Vorlage angenommen, falls die Regierung unter den Motiven, daß das Decker'sche Grundstück nicht zur Errichtung von Reichsämtern verhältnismäßig ist, widerstreitet. (Sehr richtig!) Diese Herren werden das heute wieder thun und sie hoffen, daß für den Fall, daß eine Verwirrung im Hause eintritt, mehr Stimmen mit ihnen geben und gegen das Gesetz stimmen werden. Wir wünschen die Annahme des Gesetzes, weil der Zeitmangel es nicht gestatten wird, daß bündige Erklärungen von der Regierung abgegeben werden; wir erklären so deutlich wie möglich unseren Willen, der es der Regierung unmöglich macht, unter andern Motiven als den von uns ausgesprochenen dem Gesetz die Zustimmung zu erteilen. Wir befinden uns mit unserer Ausführungen von gestern in Übereinstimmung und da es uns nur auf die Sache ankommt, so wollen wir wir persönlichen Streit mit Ihnen, sondern überlassen es Ihnen aus diesem oder einem anderen Grunde die Zustimmung zu stimmen.

Abg. Röder (Hildesheim): Ich werde gegen die Vorlage stimmen, weil ich aus der Verhandlung die Überzeugung gewonnen habe, daß diese wichtige Angelegenheit in zwei Tagen nicht sprachlich gemacht werden kann. (Sehr richtig!) Der Preis ist mir zu hoch, und vor allen Dingen will ich nicht dagegen habe. Der Bundesrat sagt, daß er nichts dagegen habe. Der Bundesrat schweigt. Nachdem so Alles wegfallen ist, was Ihnen gestatten würde, für die Vorlage zu stimmen, stimmen Sie trotzdem für das Gesetz. Sie haben eben mit der gewohnten Tapferkeit Ihren Aufzug angetreten. (Unruhe.)

Abg. Wehrenpennig: Der Vorredner, der das Decker'sche Grundstück überhaupt nicht als Bauplatz will, bat von seinem Standpunkt aus ganz recht, wenn er gegen die Vorlage stimmt, aber ich möchte ihn doch bitten, zur Verstärkung seines ganz richtigen Motives nicht andere Dinge hinzubringen, die damit nichts zu thun haben. Die Maschinen u. s. w. der von Decker'schen Druckerei sind doch kein altes Gerümpel; wir geben auch nicht dafür die angegebene bestimmte Summe, sondern zahlen einen Gesamtbetrag mit dem vollen Bewußtsein, daß der Ankauf sonst überhaupt nicht abgeschlossen werden könnte. Wir haben in Bezug auf den Betrieb der Druckerei ein Provisionum und ein Definitivum unterschieden und für letzteres uns Alles, sogar eine eventuelle Auflösung der Druckerei vorbehalten. Es ist vollkommen unrichtig, daß die Regierung etwa das Recht hätte, eine Ausdehnung des Druckereibetriebes vorzunehmen. Im Gegenteil, da sie nur in die bestehenden Verpflichtungen eintritt, wird sie bald Arbeiter entlassen müssen. Was nun die "Tapferkeit" betrifft, so kann ich dem Abg. v. Schorlemmer nur antworten, daß wir bei dieser Gelegenheit keine Verantwortung zu haben glauben, Tapferkeit anzuwenden, dazu führen wir uns andere Dinge aus. Wenn wir in den Kämpfen, die wir zu führen haben, (Ruf: Justizgesetze!) ja auch bei den Justizgesetzen, unsere eigene Überzeugung haben zurückzulegen müssen, so steht das Urteil darüber, ob wir mit Energie gehandelt haben, nicht einer uns gegenüberstehenden Partei zu, sondern der National. Wenn die Nation ebenso urtheile wie der Abg. v. Schorlemmer, so müßte seine Partei viel stärker sein als sie ist. Wir haben es ausdrücklich in das Gesetz hineingeschrieben, daß die Regierung nicht über frei über die Verwendung der in Rede stehenden Grundstücke beschließen kann, als bis eine Entscheidung über das Reichstagsgebäude getroffen ist. Deshalb können wir ruhig nur

anzuseignen. Was soll solcher Vorbehalt für eine rechtliche Bedeutung haben? Ein wirklicher Consens zwischen Regierung und Reichstag ist nicht vorhanden, aber der Reichstag thut so, als ob ein Consens vorhanden wäre. Wir wünschen Ihnen, daß Ihre Hoffnungen sich erfüllen; geschieht dies nicht, so trifft Sie allein die Verantwortung für die Genehmigung eines an und für sich ungerechtfertigten Kaufes. Da eine Übereinstimmung in Wahrheit nicht vorhanden ist, so stimmen wir gegen das Gesetz. (Beifall.)

Abg. Lasker: Der Abg. Richter befindet sich im Mißverständnis; ich habe gestern ausdrücklich erklärt: meine Zustimmung hat nicht die Bedeutung, daß wir uns schon über dieses

das Gesetz stimmen; wenn der Bundesrat dieser Interpretation nicht zustimmen will, so muß er das Gesetz verwerfen.

Abg. v. Hardorff erklärt, daß er und seine politischen Freunde aus denselben Motiven wie die linke Seite des Hauses dem Gesetz zustimmen.

Abg. Reichenperger (Crefeld): Wenn man dies Gesetz auch in der veränderten Gestalt annimmt, so gibt man der Regierung die ganze Entscheidung in die Hand; dann wenn der Reichstag einen von der Regierung vorgeschlagenen Platz nicht annimmt, so sagt die Regierung einfach: Nun, dann nehmen wir das Deder'sche Grundstück und das will ich nicht.

Abg. Lasker: Man hat es versucht, die Angelegenheit zu einer hochpolitischen aufzubauen und die Gelegenheit wahrgenommen, um allerlei unangenehme Dinge zu sagen. Wie weit ein derartiges Betragen gegen eine andere Partei den gesellschaftlichen Gewohnheiten entspricht, lasse ich dahingestellt (Unruhe); wir haben gelernt nicht das Mindeste darauf zu geben, was die Herren rechts und links uns sagen. Wir haben immer das Urtheil der Nation angerufen. Was Sie in der Debatte vorbringen, macht auf uns und unsere Freunde draußen gar keinen Eindruck oder den entgegengesetzten, den Sie hervorbringen gedenken. (Beifall.)

Abg. v. Schorlemer-Alst (persönlich): Ich will die Nation darüber urtheilen lassen, wessen gesellschaftliche Gewohnheiten die besseren sind. (Heiterkeit.)

Abg. Bamberg (persönlich): Der Abg. v. Schorlemer hat mir vorgeworfen, daß ich gestern gegen die Vorlage gehörte, aber für dieselbe gestimmt habe. Im Oldenberg'schen Berichte, den ja auch der Abg. Richter als authentische Quelle anerkannt hat, lautet der Schluss meiner Rede: "Ich glaube, daß eine Aussicht auf Zustimmung des Reichstages zu Kroll auch für spätere Zeit nicht vorhanden ist, daß wir unter diesen Umständen aber gerade ein Grundstück wie das Deder'sche zu so hohem Preise nur kaufen dürfen, wenn es für das Reichstagsgebäude reserviert bleibt. Geschieht das nicht, so fühle ich mich nicht veranlaßt, meine Zustimmung zu dieser Vorlage zu geben." Das ist auch heute der Sinn meiner Abstimmung und der allermeisten Freunde.

Das Haus genehmigt darauf die einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen zweiter Lesung und nimmt schließlich in namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz mit 188 gegen 90 Stimmen an. Abg. Fernow entheilt sich der Abstimmung.

Ohne Debatte wird hierauf eine Reihe von Petitionen nach den Anträgen der Commission vom Hause erledigt. Nur in Bezug mehrerer Petitionen gegen den Impfzwang erhebt sich eine längere Diskussion. — Der Referent Thilenius beantragt mit Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen über das Impfgesetz, und auf eine ausführliche, den heutigen wissenschaftlichen Stand der Impffrage behandelnde Darstellung des dirigirenden Arztes der Pocken-Abteilung an der Berliner Charité, Dr. Bültz, über sämtliche gegen den Impfzwang gerichtete Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Reichenperger (Crefeld) beantragt dagegen, mit Rücksicht auf die noch nicht gelösten Zweifel an dem Erfolge der Impfung und auf die große und immer mehr anwachsende Menge der Klagen und Beschwerden gegen den Impfzwang, die Petitionen dem Reichskanzler zur Überprüfung zu überweisen. — Abg. Moß: Die überaus große Zahl der Beschwerden gegen den Impfzwang seien nicht etwa auf Agitationen zurückzuführen, sondern kämen aus der Mitte des Volkes heraus. In dem Wahlkreise des Redners seien mindestens 19/20 der Bevölkerung entschiedene Gegner des Impfens und vor allem des Impfzwanges. Aber auch gewichtige wissenschaftliche Autoritäten wie Professor Hebra, die Doctores Klein und Albu haben sich mehr oder weniger entschieden gegen die Impfung ausgesprochen. Uebrigens wurzelten epidemische Krankheiten wie die Pocken u. a. in den gegenwärtigen sozialen Zuständen der Gesellschaft, werden durch Palliativmittelchen, wie den Impfzwang, nicht geheilt, und nicht eher befeitigt werden, als bis diese Zustände, wie es die Socialdemokratie erstrebt, von Grund aus umgestaltet seien.

Der Antrag Reichenperger wird hierauf abgelehnt und der Commissionsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Abends 6½ Uhr.

Jakzig, 4. Mai.

Es ist nun doch gestern in einer Abendsession gelungen, die Arbeiten der Reichstagsession zum Abschluß zu bringen. Die Session schließt mit einem glänzigeren Fazit ab, als manche zu hoffen gewagt haben. Die in der Thronrede vom 22. Februar mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der neu gewählten Volksvertretung ausgesprochene Zuversicht auf ein erprobliches Zusammenwirken von Reichstag und Regierungen wurde vielfach mit unglaublichem Kopfschütteln aufgenommen. Durch die Neuwahlen war eine beträchtliche Verschiebung in dem Stärkeverhältnis der Parteien eingetreten, außerdem bedingt der Eintritt zahlreicher neuer Elemente in das parlamentarische Leben eine gewisse Unsicherheit, ob die Parteien in ihren bisherigen Bahnen beharren würden. Die Wahlbewegung hatte die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund gestellt; Angesichts der anhaltenden industriellen Krisis lag die Befürchtung nur zu nahe, daß diese Fragen unter der Einwirkung einseitiger Gesichtspunkte die Gesetzgebung in eine falsche und verhängnisvolle Richtung drängen könnten. Heute sind die Befürchtungen gebrochen. Die von allen Parteien anerkannten Nebelstände, welche sich auf dem Gebiete des Gewerbelebens, insbesondere des Handwerks, herausgestellt haben, sollten zur Einleitung einer allgemeinen Reaction benutzt werden; heute dürfen wir mit Genugthuung sagen, daß dies Projekt gänzlich gescheitert ist. Außer den Ultramontanen hat nur der ultraconservative Heißsporn v. Kleist-Röhl die prinzipielle Umkehr zu fordern gewagt; der autorisierte Sprecher der Deutschconservativen, hr. v. Hellendorf, hat seine Partei wohlweislich gegen den Verdacht verwahrt, die Grunlage der bestehenden Gewerbeordnung, die Gewerbefreiheit, zerstören zu wollen. Wie sehr freilich in Wahrheit die volle Reaction nach dem Herzen der Deutschconservativen sein würde, hat ihr brüderliches Zusammensein mit den Ultramontanen in der Gewerbeordnungs-Commission deutlich genug gezeigt. Um so glänzender aber erscheint dannder Sieg der Prinzipien der neuen Gesetzgebung, wenn Jene sich trotz ihrer Herzensneigung vor denselben beugen. Das Ergebnis der Verhandlungen über die Gewerbeordnungsfrage ist gewesen, daß die Regierung in der nächsten Session einen Revisionsentwurf vorlegen wird, durch welchen gegen die erfahrungsmäßig feststehenden Mängel Abhilfe geschaffen werden soll, ohne daß die Basis der bestehenden Ordnung verlassen wird. Dieser Ausgang entspricht den Wünschen der grundfäßlichen Freunde der Gewerbefreiheit, und er ist zugleich geeignet, alle diejenigen Männer des praktischen Lebens zu befriedigen, welche an die Hilfe der Gesetzgebung ohne politische Nebenabsichten appellirt haben. Die Aussicht ist eröffnet, daß die Verein-

barung einer zweckmäßigen Gewerbeordnungsrevision mit dem gegenwärtigen Reichstage gelingen werde. — Besseres konnte man von dieser Session nicht verlangen, und es ist in der That mehr, als Biele erwartet haben.

Eine andere Seite der unserer Zeit eigenthümlichen wirtschaftlichen Agitation ist gegen die bestehende Zoll- und Handelspolitik gerichtet. In dieser Beziehung war es Ansatz womöglich noch zweifelhafter, welche Haltung der neue Reichstag annehmen werde; ja diese Zweifel haben sich, da grade die beiden größten Fraktionen des Reichstages am meisten über diese Fragen in sich selbst geprägt sind, bis in die vorletzte Woche der Session erstreckt. Die Entscheidung ist schließlich für die Beibehaltung der bisherigen Politik ausgefallen. Dies Resultat sollte selbst von den Gegnern der freihändlerischen Richtung mit relativer Befriedigung entgegengenommen werden; denn verderblicher als Alles hätte es für unsere industriellen und kommerziellen Verhältnisse werden müssen, wenn der Reichstag die Entscheidung umgangen und der Ungewissheit und Planlosigkeit freies Feld gelassen hätte.

Neben diesen mehr negativen Ergebnissen hat

die Session auf volkswirtschaftlichem Gebiete in dem Patentgesetz eine positive Frucht von großem Werthe zu verzeichnen. Im Uebrigen hat in der, nach Abzug der Ferien wenig über 1½ Monate hinausreichenden Arbeitszeit gezeigterlich natürlich nicht viel geleistet werden können. Außer einer Reihe minder bedeutender Gegenstände und einer Anzahl von Spezialgesetzen für Elsass-Lothringen ist hier nur das Gesetz betreffend die Untersuchung von Seeunfällen zu nennen. Die eigentliche Hauptarbeit war der Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatjahr 1877/78 gewidmet. Mit großer Genugthuung wird es überall anerkannt werden, daß die Volksvertretung, ohne ein wirkliches Reichsinteresse zu schädigen oder gegen die Grundsätze einer verständigen Finanzpolitik zu verstossen, die in dem Regierungsvorschlag in Aussicht genommene Erhöhung der Matricularbeiträge um 24 Mill. M. auf

wenig über 6 Mill. M. herabgemindert hat. Zugleich hat die Budgetberathung Gelegenheit zu einer Reihe nützlicher Anregungen gegeben. In erster Linie sei hier an die Debatten über die künftige Organisation der Reichsverwaltung erinnert, welche in der Verhandlung über die Urlaubsanzeige des Reichsanzlers ein so bedeutungsvolles Nachspiel erhielten und hoffentlich nicht ohne fruchtbare Wirkung bleiben werden.

Ein dunfler Punkt des Gesamtbildes ist die leidige Kantekaffäre. Möchte sie für alle Zukunft nur eine Reminiszenz bleiben! Zum mindesten aber ist dringend zu wünschen, daß die verbündeten Regierungen durch Zustimmung zu dem vom Reichstage angenommenen Lasker-Becker'schen Antrage den schlimmsten Eventualitäten, zu denen das in Preußen herrschende Zeugnisszwangsverfahren führen kann, vorbeugen.

Die Session schließt inmitten einer ernsten Beilage. Der Horizont der auswärtigen Politik ist trüb; im Innern lassen besonders die Nachwirkungen der Kanzlerkrise eine gewisse Unsicherheit fortbestehen. Die Situation würde sich noch weit mehr verwickeln, wollte man an maßgebender Stelle denen Gehör schenken, welche da ihre reactionären Hoffnungen zu Schanden geworden, jetzt die Auflösung des Reichstags fordern. Wer das Wohl des Landes unbefangen erwägt, wird nur wünschen können, daß dem Reichstage in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung vergönnt sein möge, die Reformen, für welche er soeben den Boden gegeben, in der nächsten Session, hoffentlich unter günstigeren äußeren und inneren Umständen, ins Werk zu richten.

Der Artikel in den letzten "Grenzboten", welcher in starken Ausdrücken die Hindernisse schildert, die dem Fürsten Bismarck namentlich in Hofkreisen und von den mit ihm zusammenhängenden Elementen bereitet werden, ist von den meisten conservativen, ultramontanen und fortschrittlichen Blättern stark angegriffen und dabei ist auch der bei ihnen allgemein beliebte Tritt gegen die Nationalliberalen versucht worden. Auch die "Schlesische Zeitung", die in neuerer Zeit immer dabei ist, wo den ihr unbedeuten Nationalliberalen Eins verlegt werden kann und die daher mit allen möglichen und unmöglichen Elementen heimliche Liebe pflegt, schloß sich davon nicht aus und setzte sich dabei besonders hoch zu Ross. Wenn alle jene Blätter der verschiedenen Couleur einen Schrei der Entrüstung über solche von den Nationalliberalen colportierte Artikel ausstießen, so war das nur Heuchelei, mit der sie sich nach verschiedenen Seiten hin salvierten wollten, das müssen wir wenigstens aus dem Umstande schließen, daß sie sämmtlich den vollständigen Artikel, nur in jenen durchsichtigen Entrüstungsschleier gehüllt, ohne Weglassung eines Wortes reproduzierten, während die meisten nationalliberalen Blätter nur einen kürzeren Auszug brachten. In der Presse wurde jener Artikel vielfach als von dem Fürsten Bismarck selbst inspirirt bezeichnet, ja einzelne wollten wissen, er sei von dem Nachfolger Aegidi's als Preßleiter im Auswärtigen Amt, von Prof. Constantin Nösler, verfaßt und durch Vermittelung von Dr. Moritz Busch in die "Grenzboten" "glissirt". Die "Kreuztg." verlangte nun vom Fürsten Bismarck, daß er solchen Gerüchten ausdrücklich entgegentrete solle. Die in Bezug auf die einschlägigen Verhältnisse wohl am Besten unterrichtete "Post" sagte heute dazu: "Das Verhältnisse wenigstens ähnlicher Art den Minister Fürst Bismarck und Dr. Falk ihre amtliche Thätigkeit erschweren, ist in verschiedenen Krisen offenkundig geworden. Wenn die "Kreuztg." aber geradezu verlangt, der Reichsfanzler möge solche Gerüchte desavouiren, so hat derselbe, unseres Erachtens, ebenso wenig hier, als in irgend einem anderen Falle eine Veranlassung, oder gar Verpflichtung, jeden Zeitungs-Artikel, welcher erscheint, zu interpretieren, oder zu desavouiren."

Auf dem Kriegsschauplatz an der Donau sind die ersten Schüsse gemachelt. Die gerühmten türkischen Monitors haben den Neigen, die den Beuruhigung der Gemüther in Rumänien. Dazu haben sie sich noch das möglichst ungünstige Terrain ausgesucht. Denn während von Widin-Kalafat abwärts bis gegen Braila hin das südliche, türkische Donauufer überall das nördliche, rumänische über-

ragt, treten bei Braila und Galatz wieder Höhenzüge an das linke Ufer, das hier das rechte vollkommen beherrscht und so eine nicht ungünstige Angriffs- und eine noch bessere Vertheidigungslinie darbietet. Darum und um der äußerst wichtigen Brücke bei Barboschi über den Sereth willen haben die Russen sich beeilt, sich an der Donau zuerst auf der Strecke Galatz-Braila festzusetzen. Die Türken hätten die Russen gar nicht in den Besitz jener Brückenkopfe der Dobrudscha gelangen lassen, sondern sich zuerst deren bemächtigen und mindestens die Barboschibrücke zerstören sollen. Die Zahl der Russen, welche in den ersten Tagen über die Grenze gingen, ist von ihnen und den ihnen freundlichen Organen sehr übertrieben worden. Beim Einmarsch wurden ihnen noch von den Regengüssen große Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Damals wäre es den Türken, wenn sie über die Donau gingen, nicht schwer geworden, die einzelnen anmarschirenden Colononen zu überfallen und ihnen recht großen Schaden zu thun. Wenn man auf die türkische Kriegsführung schließen will, muß man immer das für das Wahrscheinlichere halten, was ein deutsches Heer in demselben Falle nicht thun würde.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz melden die Russen bei Kars erreichte Vortheile. Es handelt sich zunächst darum, die Besatzung, welche auf etwa 20 000 Mann angegeben wird, in den Festungsrayon zurückgedrängt, dem Belagerungscorps den Rücken zu sichern und ihm soweit möglich ein Verpflegungsgebiet zu erschließen. Die Thäler sind dort recht fruchtbar, die christliche (armenische) Bevölkerung soll die Russen freundlich aufnehmen.

Die Greuel in Bulgarien haben schon wieder begonnen. Die Bewohner mehrerer Orte sind ermordet, weder Greis noch Weib oder Kind ist geschont worden, selbst in den Kirchen, in die sie sich geflüchtet, hat man sie hingeschlachtet. Wenn die Türken sagen, die Aermannen hätten in den Kirchen Verschwörungen ausbreiten wollen, so ist dies eitel Ausrede. Die Mörder waren Mitglieder der "Territorial-Miliz"; es sind dies die alten wilden Baschibos, nur unter einem civilisirten Namen, weil der alte so in Verwurf gekommen. Die türkischen Behörden haben die Greuel nicht angestiftet, sie haben aber keine Herrschaft über die sanierten Elemente, die nebenbei auch recht gut wissen, daß der Mord eines Christen in der Türkei nicht bestraft, häufig noch belohnt wird.

Deutschland.

△ Berlin, 3. Mai. Die unausgefeierten Bemühungen des Auswärtigen Amtes zum Schutz des deutschen Handels im Auslande und der deutschen Flagge auf den großen Weltmeeren sind neuerdings von einem günstigen Erfolge gekrönt worden durch den Abschluß eines Vertrages zwischen den Vertretern des deutschen Reiches, Spaniens und Großbritanniens über den Verkehr im Sulu-Archipel in einem zu Madrid, 11. März 1877 vereinbarten Protokoll. Dasselbe ist in französischer und deutscher Sprache nebst einer erläuternden Denkschrift dem Bundesrathes zugegangen und soll auch an den Reichstag gelangen. Die Abmachungen lehnen sich an die Herausgabe der fortgenommenen deutschen Schiffe "Marie Luise", "Gazelle" und "Minna". In der Denkschrift heißt es: Da der Handel mit den Sulu-Inseln und mit dem zum Sultanat dieses Namens gehörigen Küstenstrich an der Nordostseite von Borneo größtenteils unter deutscher Flagge betrieben wird, so ist die Reichsregierung in erster Linie berufen gewesen, sich der durch solche Maßregeln hervorgerufenen Reklamationen anzunehmen. Ferner bemerkte die Denkschrift: Die spanische Regierung erkennt nochmals grundsätzlich und rücksichtslos an, daß der Handels- und Schiffsverkehr mit und im Sulu-Archipel frei ist und frei bleiben soll. Die Ausübung der Befugnisse, welche ihr für die von Spanien effectiv besetzten Plätze ausnahmsweise zugestanden werden, ist an solche Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft, daß davon eine Benachtheiligung des fremden Handels nach Ueberzeugung der deutschen und englischen Schiffen schließen darf.

In der Denkschrift heißt es: Da der Handel mit den Sulu-Inseln und mit dem zum Sultanat dieses Namens gehörigen Küstenstrich an der Nordostseite von Borneo größtenteils unter deutscher Flagge betrieben wird, so ist die Reichsregierung in erster Linie berufen gewesen, sich der durch solche Maßregeln hervorgerufenen Reklamationen anzunehmen. Ferner bemerkte die Denkschrift: Die spanische Regierung erkennt nochmals grundsätzlich und rücksichtslos an, daß der Handels- und Schiffsverkehr mit und im Sulu-Archipel frei ist und frei bleiben soll. Die Ausübung der Befugnisse, welche ihr für die von Spanien effectiv besetzten Plätze ausnahmsweise zugestanden werden, ist an solche Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft, daß davon eine Benachtheiligung des fremden Handels nach Ueberzeugung der deutschen und englischen Schiffen schließen darf.

Die Aussicht auf Gewinn vorhanden ist. Die spanische Regierung wird daher an den von ihr etwa besetzten Plätzen schon im eigenen Interesse nur mächtige Zölle erheben. Da zudem nur solche Plätze als effectiv bezeichnet im Sinne des Protokolls anzusehen sind, wo Spanien die für die Sicherheit und Erleichterung des Handels nothwendigen Beamten und Einrichtungen dauernd unterhält, und da eine Zollerhebung auch an solchen Plätzen erst sechs Monate nach erfolgter Bekanntmachung beginnen darf, so sind die Handeltreibenden gegen plötzliche Veränderungen gesichert und werden in Zukunft an spanische Zollkassen nur da noch Abgaben entrichten, wo die letzteren, wie in dem Eingang des Protokolls spanischer Seits ausdrücklich anerkannt wird, den Charakter einer Gegenleistung für spanischer Seits gebotene Vortheile haben. Ist durch diese prinzipielle Regelung des Handels- und Schiffsverkehrs im Sulu-Archipel neuen Beeinträchtigungen unseres Handels in jenen Gewässern wirksam vorgebeugt, so sind auch die seit dem 15. April v. J. entstandenen Reklamationen durch eine, vor Unterzeichnung des Protokolls an den deutschen Gesandten in Madrid gerichtete Note des jetzigen spanischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Staatsministers Silvela, vollkommen bestiediged erledigt worden.

Die spanische Regierung hat darin die Rechtswidrigkeit der erwähnten Handlungen ihrer Behörden und Schiffskommandanten gegen deutsche Angehörige und Schiffe ausdrücklich anerkannt und uns die volle Entschädigung der betroffenen Personen, nach Maßgabe eines hierfür vorher vereinbarten Verfahrens zugesichert. Hierach darf das Ergebnis dieser durch mancherlei Umstände und Zwischenfälle fachlich und formell erschwert Verhandlungen als ein den Interessen des deutschen Reiches und seiner Angehörigen entsprechendes und für die Entwicklung des deutschen Handels vortheilhaftes bezeichnet werden.

— Wie wir der "Kreuztg." entnehmen, hat der Kaiser an den General-Fieldmarschall Freiherrn v. Manteuffel zu dessen fünfzigjährigem Dienstjubiläum ein längeres Handschreiben gerichtet. In dem Schreiben ist zugleich der besondere Auszeichnung gedacht worden, daß der Jubilar fortan à la suite des 1. Garde-Dragoner-Regiments zu führen ist, in welches derselbe vor fünfzig Jahren auf Avancement eingetreten ist, und welchem er mit kurzen Unterbrechungen bis zu seiner Ernennung zum Flügel-Adjutant des Königs Friedrich Wilhelm IV. angehört hat. Die Auszeichnung, à la suite eines Garde-Regiments gestellt zu werden, gehört mit Rücksicht darauf, daß diese Regimenter, außer in der Person des Monarchen und außer dem Chef der Garde-Grenadier-Regimenter, keinen Chef zu erhalten pflegen, zu den höchsten, welche der oberste Kriegsherr verleiht.

— Das Panzerkanonenboot "Viper" hat dieser Tage in Wilhelmshaven seine Probefahrt zu voller Bewaffnung bestanden.

* In hiesigen militärischen Kreisen wird die Frage erörtert, ob es nicht angebracht sei, eigene Schlachtereien zu errichten und zwar nach dem Muster einer solchen, welche in der allerneuesten Zeit in Wiesbaden für das 56. Infanterieregiment eröffnet worden ist. In einer Baracke außerhalb der Stadt sind alle Einrichtungen getroffen, welche zum Betriebe einer so großen Schlachterei erforderlich sind. Das Gewerbe selbst üben Soldaten, welche das Schlachtergewerk erlernt haben. Das Regiment kauft den Bedarf von Rindvieh und Schweinen selbst ein und hat über die erzielten Vortheile ausführlich berichtet. Auch hier wird, wie uns mitgetheilt wird, vermutlich in kürzester Zeit eins der Garderegimenter einen ähnlichen Versuch machen, der, wenn er sich bewährt, nicht vereinzelt bleiben soll.

— Das Krankenpflegerinnenhaus beim städtischen Krankenhaus am Friedrichshain wird, nachdem der Bau bereits im vorigen Jahre, die innere Einrichtung seit einiger Zeit vollendet ist, am 1. Juni d. J. eröffnet werden. Dasselbe soll nach dem Statut geeignete weibliche Personen zu Krankenpflegerinnen sowohl theoretisch als praktisch ausbilden, und zwar zunächst für die städtischen Krankenhäuser, nächstdem für die Privatkrankenpflege der Stadt Berlin. Die Schülerinnen sollen in der Regel unverheirathete kräftige Personen im Alter von 21 bis 35 Jahren von guter Gesundheit, gesittetem Lebenswandel und einer Schulbildung, welche auf einer Gemeindeschule erreicht werden kann, sein; nur ausnahmsweise finden auch verheirathete Frauen und Personen von mehr als 35 Jahren aber unter 45 Jahren Aufnahme. Den Unterricht in der eigentlichen Krankenpflege ertheilen die ärztlichen Directoren Dr. Rieß und Dr. Scheide selbst, in den einzelnen Zweigen der Verwaltung der Verwaltungsdirector Hertford. Selbstverständlich findet zugleich die praktische Ausbildung der Schülerinnen in dem sechsmonatlichen Cursus, dem ein vierwöchentlicher Vorbereitungscursus vorhergeht, statt. Hoffentlich wird es in dieser Weise gelingen, dem Mangel an tüchtigen Krankenpflegerinnen, der so oft fühlbar wird, abzuhelfen.

Strasburg i. E., 3. Mai. Der Kaiser und der Kronprinz begaben sich heute Vormittag 9 Uhr zur Besichtigung der Forts nach dem Juden-thor, von da nach dem Fischerthor und über Ruprechtsau nach dem Fort Francke. Der Rückweg ging über Mundolsheim, Oberhausenbergen und Niederhausenbergen. Überall waren Ehrenpforten errichtet, die Gemeinden und die Schulen hatten sich zur Begrüßung des Kaisers auf dem Wege aufgestellt, ebenso alle der Reserve angehörigen Mannschaften und 102 Bürgermeister aus den Kreisortschaften. 250 berittene Bauern gaben dem Kaiser auf der Fahrt das Geleit. Der Kaiser war von dem Empfang sichtlich erfreut. Am Abend finden Aufzüge der Turner-, Sänger- und Kriegervereine, sowie die Beleuchtung des Münsters statt. — Der Großherzog von Baden ist heute Nachmittag hier eingetroffen und wird bis zum Spätabend hier verweilen. (W. T.)

Österreich-Ungarn. Wien, 3. Mai. Das officiöse "Fremdenblatt" sucht nachzuweisen, daß die vorübergehende Hemmung der Schiffsahrt auf dem nicht-österreichisch-ungarischen Laufe der Donau für die Regierung keinen Grund zu Beschwerden abgeben könne. Ein derartiger Zustand, führt das genan

ungefähr aufrecht erhalten bleibe und das produzierende und handeltreibende ungarische Publikum vor Verlusten bewahrt werde? (W. T.)

Schweiz.

Bern, 30. April. Hier tagte am Schluss der Woche eine Commission, welche der Bundesrat zur Vorberathung der Zolltarif-Revision eingesetzt hatte. Wie überall, so zeigen sich auch in der Schweiz schützöllerische Elemente. Diese hatten auch in der Commission eine Vertretung gefunden, doch gelang es ihnen nicht, die Vorschläge, über welche eine Verständigung erzielt wurde, wesentlich zu beeinflussen. Die Commission hat davon Abstand genommen, einen Entwurf der Tarifreise auszuarbeiten, sie hat sich vielmehr darauf beschränkt, die Grundlage eines solchen festzustellen und dem Zoll-Departement nebst den Berichten der verschiedenen Untercommissionen zu unterbreiten. Im Principe wurden, wie bereits mitgetheilt, für die Söle folgende Ansäße gemacht: Rohstoffe 1 Proc. vom Werth, Hilfsfabrikate 2 Proc., Confectionen 5 Proc. und Luxusartikel 10 Proc. vom Werth. Bei letzteren sollen jedoch für 100 Kilo nicht mehr als 100 Frs. verzollt werden. Gegen den ersten Revisionsentwurf hat die Commission Reductionen — also eine Mindereinnahme — von 2½ Millionen erzielt, womit dem Bundesrath wenig gedient sein dürfte. Weitere Reductionen lassen sich bei Abschluss der Handelsverträge erwarten, falls die Vertragsstaaten günstige Propositionen machen. Aus der Commission war der Antrag gestellt worden, den bisherigen Zolltarif einfach beizubehalten und nur eine Bushlagstaxe zu demselben aufzustellen. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein anderer, wonach einige Rohstoffe und Lebensmittel ganz zu entlasten seien.

Italien.

Rom, 28. April. Alle die mehr oder minder leichten Unpaßlichkeiten, an welchen der Papst im vorigen und im laufenden Monate danieladerig waren nur die Folgen von Erfältungen oder Überanstrengungen, und man ist wegen derselben niemals im Vatican ernstlich in Besorgniß gewesen, ausgenommen etwa die zwei oder Tage, an welchen die Fontanelle am Fuße nicht mehr recht ihren Dienst thun wollte, obwohl schon früher Unregelmäßigkeiten dieser Art dagewesen waren, ohne ernstere Nachwesen zur Folge gehabt zu haben. Man ist denn auch gegenwärtig am päpstlichen Hofe, natürlich von einer plötzlichen Katastrophe, die Niemand vorher bestimmen kann, abgesehen, lediglich mit dem Gefundheitszustande des Papstes zufrieden. Bei Gelegenheit der seit acht Tagen in Fluss gekommenen Massenwallfahrten zu seinem goldenen Bischofs-Jubiläum soll er recht sorgsam gehütet und nur zweimal in der Woche den ausgewählten Gläubigen, d. i. jenen geeignet werden, welche sich mit einer handvoll blanke Goldstücke legitimiren. Den Anderen werden gegen Entrichtung eines „nur geringen Betrages, blos um die Ausfertigungskosten zu decken“, Diplome über die nach Rom unternommene Wallfahrt ausgestellt. Über die Fassung und Ausstattung dieser frommen Urkunden ist bisher nichts Genaueres bekannt, aber ohne Zweifel werden dieselben in verschiedenen Größen und Farben zu haben sein, an denen dann auch je nach den für dieselben zu entrichtenden höheren oder niederen Preisen eine höhere oder niedere Anzahl von Abläß-Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren hängen wird.

England.

London, 3. Mai. Wie die „Daily News“ erfährt, hätten die Mitglieder des früheren Cabinets in einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen, keine der von Gladstone in der Sitzung des Unterhauses am 30. v. M. mitgetheilten Resolutionen zu unterstützen, sondern für den Antrag Lubbock's, die Vorfrage zu stellen, zu stimmen. Die Mitglieder der conservativen Partei wollen den Resolutionen Gladstone's durch ein directes Vertrauensvotum für das Ministerium entgegentreten. (W. T.)

Russland.

Moskau, 3. Mai. Für den Empfang des Kaisers sind die großartigsten Vorbereitungen getroffen. Neben den Spenden der Stadt kommen auch aus Privatkreisen zahlreiche und bedeutende Gaben für die Bewunderten. (W. T.)

Dobessa, 2. Mai. Der Kaiser, der Großfürst Thronfolger und Großfürst Vladimir sind hier eingetroffen. Nach Besichtigung der Truppen und der Flotte erfolgte die Weiterreise nach Kiew.

Rumänien.

Bukarest, 2. Mai. Der der Kammer vorgelegte Gesetzentwurf betreffend die Einführung eines Moratoriums bezieht sich auf die Verfallzeit von Handelseffekten, auf die Vorladung und Prändung von unter den Waffen stehenden Personen und auf die Suspensierung, Verjährung und das Ungültigwerden von Civillagen. (W. T.)

Bukarest, 2. Mai. Der Fürst hat sich zur Vornahme von Truppenbesichtigungen nach den benachbarten Garnisonen begeben. — Der Ministerpräsident Bratișoianu ist nach einer längeren Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen, Cogălniceanu, nach Kischieneff gereist. — Der Senat hat eine Motion angenommen, in welcher zu allen bisherigen Handlungen des Ministeriums die ausdrückliche Zustimmung ertheilt wird. — Die Kammer hat den Gesetzentwurf, betreffend das Moratorium, in Betracht gezogen. Vom Deputirten Dimanca wurde eine Interpellation darüber angemeldet, ob die Regierung gegen die Stellen des türkischen Manifestes, in welchen Rumänien zu den türkischen Provinzen gezählt werde, Protest eingelegt habe.

— 3. Mai. Die von der Deputirtenkammer angenommene, die Thronrede beantwortende Adresse spricht die vollständige Zustimmung zu dem Verhalten der Regierung aus und schließt mit einer Loyalitätserklärung. (W. T.)

Amerika.

Philadelphia, 29. April. Mehreren amerikanischen Offizieren, welche den Bürgerkrieg mitgemacht haben, ist von der türkischen Regierung das Anerbieten gemacht worden, in ihre Dienste zu treten, um die Truppen mit den neuen amerikanischen Waffen einzürcieren. Das Anerbieten ist in den meisten Fällen angenommen worden, selbstverständlich unter Beobachtung solcher Formen, daß daraus keine Verlezung der Neutralität gefolgt werden kann. — Die im New-Yorker Hafen liegenden russischen Kriegs-

schiffe haben sich zur schleunigen Abfahrt bereit gemacht, bisher aber noch keine Ordre zum Segeln erhalten.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Bukarest, 4. Mai. In der Kammer erklärte Ministerpräsident Cogălniceanu auf Aufräge, die Russen hätten das Feuer bei Braila begonnen, die Türken dasselbe erwidert. Fünf Bomben fielen zufällig nach Braila, davon zwei in die Präfectur. Ein Haus wurde zerstört. Der Zwischenfall habe kein Menschenopfer gefordert. Das Ereignis sei bedauerlich und seitens der Türkei nicht beabsichtigt. Der Minister bemerkte, er habe sich bisher jedem Begehr nach Unabhängigkeitserklärung Rumäniens widerstellt. Das Land betrachte sich nicht als im Kriege mit der Pforte befindlich.

Geister Abend soll das Bombardement auf Braila und Barboșchi wieder begonnen haben.

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

London, 3. Mai. Nach einem bei „Lloyds“ eingegangenen Telegramme aus Sulina vom 30. o. M. ist die Donau unterhalb der Einmündung des Pruth von den Russen durch Torpedos gesperrt. Alle Fahrzeuge, die die Donau aufwärts ziehen wollten, wurden peremptorisch zurückgewiesen. Der Hafen von Sulina ist frei. (W. T.)

Konstantinopol, 2. Mai. Dem Vernehmen nach hat der Generalissimus der Donauarmee Instructionen erhalten, die Schiffahrt auf der Donau zu verbieten und Schiffe zu requirieren. Einer Depesche aus Batum zufolge hat am Sonntag derselbe ein kleines Gefecht stattgefunden. Das officielle Journal erklärt, daß auf dem asiatischen Kriegsschauplatz keine bedeutende Schlacht stattgefunden hätte. Vor Batum sei eine russische Vorturmschiffen erschienen. (W. T.)

* Von der türkischen Donau-Armee wird aus Rostschuf, 28. April, berichtet: In diesem Augenblick herrscht eine kolossale Bewegung unter den hier und im Umkreise massirt gewesenen türkischen Truppen. In Folge der dem Serdar Ekrem zugegangenen Meldungen über die drohenden Bewegungen der Russen gegen die Dobrujscha, ist eine Verschiebung eines beträchtlichen Theiles der Donau-Armee angeordnet worden, welche hauptsächlich in einer Detachirung zahlreicher Truppenkörper nach den Donaumündungen hin besteht. Die betreffenden Dispositionen sind etwas spät getroffen worden, die Ausführung derselben hat jedoch zum Glücke der Türken vielleicht nicht zu spät begonnen. Ahmed Ejub Pascha scheint von den bestimmten Voraussetzung ausgegangen zu sein, daß die Russen den Donau-Uebergang oberhalb Rostschufs bewerstelligen werden. Alle türkischen Vorkehrungen waren auf dieser Voraussetzung basirt. Man hat Widdin in einen vor trefflichen Stützpunkt verwandelt, und auch Orhovo, Nipopolis und Sistowo wurden formidabel befestigt. Um Widdin und einige Kilometer oberhalb dieser Festung wurde auch das Gros der Donauarmee concentrirt. Abdul Kerim Pascha schien die Ansichten Ahmed Ejub's zutheilen und war mit seinen Anordnungen vollständig einverstanden. Nach den ersten im türkischen Hauptquartier über die Bewegungen der Russen eingelangten Meldungen wurde man plötzlich inne, daß die größte Gefahr nicht ober- sondern unterhalb Rostschufs drohen dürfte. Die Folge davon ist, daß man seit gestern über Hals und Kopf Truppen nach der Dobrujscha zu werfen begann. Sowohl der See wie der Landweg müssen herhalten, um die getroffenen Verfugungen schleunigst durchzuführen. Von Widdin sind 2 Divisionen Infanterie, 6 Cavallerie-Regimenter und 12 Batterien unter den Divisions-Generalen Izzet und Abil Pascha nach der unteren Donau entsendet worden. Weiter wurde beschlossen, die Brigaden Tahir Pascha und Kerim Pascha nach Matzchin und Tultscha zu entsenden. Begünstigt das abschauliche Wetter, welches den russischen Aufmarsch verzögert, noch durch einige Tage die türkischen Heerführer, dann dürfen die auf der Eisenbahn nach Barna und von da auf dem Seewege entsendeten Streitkräfte noch zur rechten Zeit in der Dobrujscha eintreffen und die Fehler gut gemacht werden können. — Die Zahl der in Bulgarien concentrirten Truppen hat durch das Eintreffen von 2 Divisionen aus Mesopotamien und Syrien eine beträchtliche Verstärkung erhalten. Die zwischen Sofia und Philippopol zusammengezogenen Reserven werden schon jetzt näher herangezogen. Es macht dies eine Verstärkung von 28 Bataillonen aus. Das Bestreben der türkischen Armeleitung ist sichtlich darauf gerichtet, der russischen Armee mindestens 150 000 Mann entgegenstellen zu können. — Die Mustahafiz (Territorial-Miliz) ist in 2 Corps eingeteilt worden. Eines derselben wird bei Schumla, das andere bei Barna aufgestellt. Im Ganzen dürfte die Stärke der unter Waffen stehenden Miliz sich auf etwa 16 000 Mann belaufen, welche in 20 Tabors (Bataillone) eingeteilt sind. Die Miliz wird durchgehends mit guten Hinterlädern ausgerüstet, die vor einigen Tagen in großer Anzahl aus Konstantinopol eingelangt sind. — In den letzten Tagen ist das im befestigten Lager von Schumla stehende Corps verstärkt worden, so daß diese Reserve-Armee gegen 40 000 Combattanten zählt. Die Befestigungen Schumla's, wie auch jene der in der Nähe dieser Stadt befindlichen Balkanübergänge sind seit dem 25. d. M. vollständig fertig. Jetzt wird mit der Armirung derselben mit schweren Geschützen begonnen. — Zu den in Bulgarien aufgestellten, sehr respectablen Wehrkräften muß endlich das Corps der Tscherkessen hinzugezählt werden. Die selben sind zumeist beritten und bilden 4 Divisionen. Ihre Bewaffnung und Equipirung sind vollständig neu. Eine selbständige Rolle dürfen sie jedoch kaum spielen; sie sollen bei den einzelnen Corps für den Vorposten- und Chalauer-Dienst eingeteilt werden. Überdies werden 8 liegende Colonnen gebildet, deren jede zum vierten Theile aus Tscherkessischer Cavallerie bestehen wird.

PC. Bukarest, 1. Mai. Es scheint nunmehr entschieden zu sein, daß der Hauptzug der russischen Armee nach den Donaumündungen gegen die Dobrujscha geht. Die russischen Colonnen kommen mit der Bahn von Ungheni, sie passiren von Bolgrad über einige Pruth-Fürthen und auf der Straße von Neni über die Pruth-Mündung, welche sie auf einer aus vier Schiffen

construirten Brücke übersetzen, welche durch Batterien, die auf den benachbarten Höhen errichtet sind, und durch starke Infanterie-Abtheilungen geschützt wird. — Zu den Vertheidigungsmitteln für die Brücke von Barboșchi sind neuestens 6 Mitrailleurs hinzugekommen, wie überhaupt dieser Brücke die grösste Beachtung von den Russen gewidmet wird.

So wurde ein eigenes stabiles Commando für diese Brücke mit einem besonderen Generalstab installiert, General Sukuloff zum Brücken-Commandanten und Major Servatief zum Generalstabs-Chef für diesen Posten ernannt. Auch die Nachbarschaft der Brücke von Barboșchi wurde von den Russen in den Räumen ihrer fortificatorischen Anlagen gezogen, indem das Plateau von Tsiglina innerhalb 48 Stunden durch Schanzen, weitreichende Erdwerke und Batterien, welche mit 8- und 16-Pfünder-Geschützen armirt sind, zu einem großen verschanzten Lager verwandelt worden ist.

In Galatz ist ein russisches Stadt-Commando etabliert, welches trotz Einsprache des Consular-Corps und der europäischen Donauschiffahrts-Commission die Schiffahrtsbewegung auf der unteren Donau suspendirt hat. Von Galatz aus machen die Russen auf Barken Reconnoisirungsfahrten gegen das rechte Donau-Ufer.

PC. Cattaro, 2. Mai. Für Nicolaus von Montenegro befindet sich augenblicklich bei seiner Süd-Armee (in Albanien), um dieselbe zu inspiciren. Nach erfolgter Besichtigung begibt er sich in die Herzegowina. — Verlässliche Meldungen wollen wissen, Suleiman Pascha sei bereits im Vorläufen gegen den Duga-Pasch, und daß in Folge dessen bald ein Zusammentrieb zu erwarten sei.

Danzig, 4. Mai.

* Für die Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn wird vom 15. Mai ab ebenfalls ein neuer Fahrplan in Kraft treten, der gegen den bisherigen aber nur unerhebliche Abweichungen bringt. Von Marienburg geht im Anschluß an den um 9 Uhr 14 Min. Vormittags künftig dort ankommenden Berliner Nacht-Courierzug der erste Zug um 9 Uhr 25 Min. ab und kommt um 12 Uhr 2 Min. in Dt. Eylau, 1 Uhr 24 Min. in Montowo an; der zweite Zug geht 3 Uhr 31 Min. Nachm. von Marienburg ab und kommt um 6 Uhr 8 Min. in Dt. Eylau, 7 Uhr 22 Min. in Montowo an. Von Montowo gehen umgekehrt um 8 Uhr 17 Min. Vorm. und 2 Uhr 11 Min. Nachm. Züge ab, welche um 9 Uhr 46 Min. und 3 Uhr 32 Min. von Dt. Eylau weiter gehen und 12 Uhr 17 Min. resp. 6 Uhr 3 Min. in Marienburg (leichter zum Anschluß an den Nacht-Courierzug Eydtkuhn-Berlin) ankommen.

* Bei Thorn ist der Wasserstand der Weichsel gestern wieder von 9 Fuß 3 Zoll auf 8 Fuß 10 Zoll gefallen. Bei Dirschau stieg der Wasserstand vorgestern noch von 14 Fuß 3 Zoll auf 14 Fuß 6 Zoll. Seitdem hat er auch dort langsam zu fallen begonnen. Gestern Nachmittags betrug er nur noch 14 Fuß 2 Zoll.

* Der, wie schon erwähnt, auf Anregung des Abg. Ridder zu Berlin ins Leben getretene Verein zur Förderung des Baues von Secundärbahnen hat sich vorgestern Abend im Reichstagsgebäude definitiv constituiert. An der Versammlung nahmen vorzugsweise Reichstagsabgeordnete aus den verschiedenen Gegenenden Deutschlands Theil. Zweck des Vereins ist nach dem § 1 der angenommenen Statuten: das Material über die Anlage und den Betrieb von Localbahnen größeren Kreisen zugänglich zu machen und auf den Erlaß der zur Förderung von Localbahnen geeigneten Maßregeln der Gesetzgebung hinzuwirken. Der Beitrag jedes Vereinsmitgliedes ist auf mindestens 3 M. festgesetzt. Auch Corporationen können dem Vereine beitreten, in welchem Falle der Beitrag mindestens 15 M. beträgt. Die Geschäfte werden geführt durch einen aus 15 Personen bestehenden Vorstand, der sich nach Bedürfnis durch Cooptation ergänzen kann. Der Verein wird vorzugsweise die Betriebsergebnisse der bereits bestehenden Localbahnen sammeln und veröffentlichen und darauf hinzuwirken suchen, daß ein fester Verhältniß der Beteiligung des Staates bei diesen Unternehmungen im Wege des Gesetzgebungsverfahrens hergestellt werde. Die Tätigkeit des Vereins wird voraussichtlich nur wenige Jahre dauern, da es lediglich darauf ankommt, die Bekanntheit mit dem auf die Localbahnen bezüglichen Material in weitere Kreise zu vermitteln. Sitz des Vereins ist Berlin. Zu Mitgliedern des Vorstandes wurden gewählt bzw. cooptirt: Abg. Ridder (Pr. Preußen), Abg. v. Lebeschow (Pr. Brandenburg), Abg. Dr. Dohrn (Pr. Pommern), Dr. Weigert (Berlin), Geh. Rath Hartwich (Berlin), Director Schrader (Berlin), Abg. v. Manteuffel (Pr. Brandenburg), Abg. Benzig (Königreich Sachsen), Abg. Sombart (Pr. Sachsen), Abg. Berger (Westfalen), Abg. Poggensee-Strelitz (Mecklenburg), Abg. Haussmann-Westhavelland (Brandenburg), Abg. Nosle (Bremen), Abg. Büchner (Darmstadt), Abg. Buhl (bairische Pfalz), Geh. Ober-Baurath Buresch (Oldenburg), Abg. v. Behr-Schmidow (Pommern), Abg. Kunzen (Braunschweig), Abg. Gerwig (Baden), Abg. Dr. Hammacher (Rheinland), Abg. Karsten (Holstein), Baurath Quastowsky (Berlin), Abg. Wiggens (Mecklenburg), Baumeister Teich (Stralsund). Der Vorstand hat sich constituiert und zu Vorsitzenden die Abg. Ridder und v. Lebeschow, zum Schatzmeister Dr. Weigert ernannt. Beitrittserklärungen nimmt jedes Vorstandsmitglied entgegen.

* Zu den jetzt vorgenommenen amtlichen

Milchuntersuchungen bemerkten wir unter Hinweis auf die von uns vor einigen Wochen gebrachten längeren Artikel über Milchuntersuchung, daß die im Publikum verbreitete Annahme, daß je größer das Gewicht, desto besser die Milch ist, nicht zutrifft. Mit Wasser verdünnte Milch ist allerdings von leichterem Gewicht, aber abgerahmte oder des Fettes theilweise beraubte ist schwerer. Man wird Milch, die leichter als 1029 ist als verdünnte, solche, welche schwerer ist als 1035 als abgerahmt zu betrachten haben.

* Die Einführung des Herrn Prebiger Elze in

sein neues Amt als evangelischer Pfarrer in Gr. Sünder

wird am zweiten Pfingstmontag durch Herrn Super-

intendenten Bohm an Stiftsbau erfolgen.

* Die Ziehung der zweiten Klasse 156. preuß.

Klassen-Lotterie wird am 5. Juni ihren Anfang nehmen.

* [Polizeibericht.] Verhaftet: der Malergebülf

P., die Arbeiter W. u. R., die Witwe G. und der Ar-

beiter N. wegen Diebstahls; 20 Dbbachlose, 1 Dirne, 2 Bettler. — Gestohlen: dem Zimmermeister H. aus seiner Wohnung eine Geldtasche, enthaltend 23 A. 62 S.; dem Rentier C. 4 silberne Schlösser, ges. F. S. 1 silber. Vorlegelöffel, ges. F. S. und 1 silberner Schlüssel, ges. C. C. — Zur Nacht zum 3. d. geriet der Commiss M. an der Hobelborbrücke in den Stadtgraben, wurde jedoch auf seinen Ruf von dem dort stationirten Wachmann und einigen anderen Personen aus dem Wasser gezogen und nach seiner Wohnung gebracht. — Gefunden: ein bunt farbiges Tuch vor dem Hause Koblenzmarkt No. 10, eine Herrenmanchette nebst Knopf in der Nase.

Milchrevision vom 3. d.: Händler Kekler, Scheibenrittergasse 13, Gew. 1030,2; Händler Schmid, Breitgasse 3, Gew. 1029,2; Kaufner, Hanlangasse 5, Gew. 1033,0; Händler Difert, Heiligegeistgasse 129, Gew. 1032; Händler Brandt, Heiligegeistgasse 24, Gew. 1032,8; Geschmac normal, Geschaffenheit nach der Unterkühlung im Milchspiegel normal.

Börse-Depeschen der Danziger Zeitung.

 Die heute sällige Berliner Börse. Depesche war beim Schlus des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 3. Mai. [Productenmarkt.] Weizen loco rubig, auf Termine niedriger. — Roggen loco rubig, auf Termine niedriger. — Weizen Mai-Juni 126 254 Br., 263 Gb. — September-October 126 1000 Kilo 244 Br., 243 Gb. — Roggen Mai-Juni 177 Br., 176 Gb. — September-October 1000 Kilo 174 Br., 172 Gb. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rübbl fest. loco 69, Mai 69, October 200 70. — Spiritus still, 1000 Liter 100 A. Mai 40%, Juni-Juli 41 1/2, August-September 44, September-October 45. — Kaffee sehr belebt, Umsatz 5000 Sad. — Petroleum flau, Standard white loco 12,25 Br., 13,00 Gb., August-December 14,00 Gb. — Wetter: Schön.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 4. Mai. Weizen loco rubig, auf Termine niedriger. — Roggen loco rubig, auf Termine niedriger. — Weizen Mai-Juni 2000 2 feinglasig u. weiß 180-135 270-285 A. Br. hochblatt . . . 127-133 265-275 A. Br. hellblatt . . . 125-130 270-280 A. Br. dunkelblatt . . . 126-130 265-275 A. Br. rotblatt . . . 128-134 260 275 A. Br. ordinair . . . 112-1

